

## **Antrag**

**der Abgeordneten Benjamin Mennerich, Dirk Nockemann, Krzysztof Walczak, Marco Schulz, Eugen Seiler, Peggy Heitmann, Antje Hebel, Dr. Joachim Körner, Thomas Reich und Robert Risch (AfD)**

**Betr.: Debattenkultur fördern – Hamburger Schülern ein besseres Schülerparlament bieten**

Demokratieverständnis und Debattenkultur müssen erlernt werden. Insbesondere seit es Jugendlichen bereits ab 16 möglich ist, an Wahlen auf kommunaler, Landes- und EU-Ebene teilzunehmen, wird die politische Bildung für junge Menschen in Deutschland und Hamburg immer wichtiger. Es reicht dabei nicht, die Institutionen und Strukturen unseres Staatswesens aus Büchern auswendig zu lernen, Demokratie erlernt man nur, indem man sie lebt. Unseren Schülern ist in den letzten Jahren leider ein zum Teil sehr verzerrtes Bild einer demokratischen Debattenkultur vorgelebt worden. Schüler erhalten einerseits für politische Schlupfbilder auf ihren eigenen Internetprofilen Gefährderansprachen und werden von der Polizei aus dem Unterricht geholt, wie 2024 in Mecklenburg-Vorpommern, andererseits wird die Neutralitätspflicht an Schulen immer wieder verletzt, zum Beispiel indem Aufkleber der Antifa erst nach einer Kontrolle der Schulaufsichtsbehörde entfernt werden, wie 2019 an der Ida-Ehreschule. Im vergangenen Wahlkampf wurden gleich mehrere geplante Diskussionsveranstaltungen an Hamburger Schulen abgesagt, zum Beispiel im Februar am Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium, weil die Antifa Proteste angekündigt hatte. Um für einen offenen politischen Diskurs charakterlich gewappnet zu sein, muss man die Debatte mit dem Gebot der Meinungsfreiheit und der logischen Argumentation aber erleben und üben können. Der Verein „Politik zum Anfassen e.V.“ bietet in Zusammenarbeit mit der Hamburgischen Bürgerschaft seit Jahren das Programm „Jugend im Parlament“ an, das eine solche Übung ermöglichen soll. Dieses Programm ist angesichts der beschriebenen Entwicklung für die Herstellung einer geordneten Debattenkultur mit These, Gegenthese und Findung eines ausgewogenen und tragfähigen Kompromisses allerdings immer noch unzureichend. Die Hamburgische Bürgerschaft ist hier besonders in der Pflicht, um den Hamburger Schülern die Möglichkeit zu geben, die Prozesse ordentlicher parlamentarischer Arbeit und die Prinzipien einer ausgewogenen politischen Meinungsbildung kennenlernen zu können.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft wird aufgefordert:**

1. ein neues parlamentarisches Planspiel zur Förderung von politischer Debatte und parlamentarischen Prinzipien für Hamburger Schüler ab dem 16. Lebensjahr zu etablieren und organisatorisch zu begleiten.
2. die Anmeldung zur Teilnahme an diesem Schülerparlament einzelnen Schülern und nicht nur ganzen Schulklassen zu ermöglichen.
3. eine Dauer des parlamentarischen Planspiels von einer Woche pro Jahr, für eine verbesserte Behandlungstiefe der politischen Themen, vorzusehen.

4. eine netzbasierte Anmeldeplattform für das Programm einzurichten, bei der sich Hamburger Schüler für die Teilnahme ganzjährig bewerben können.
5. ein Bewerbungsformular zu erstellen und so verwalten zu lassen, dass gewährleistet ist, dass Schüler mit unterschiedlichen Positionen zu aktuellen politischen Debatten am Programm teilnehmen.

**Der Senat wird aufgefordert,**

6. die Schulbehörde anzuweisen, die Möglichkeit der Durchführung eines jährlichen, einwöchigen Schülerparlamentes für interessierte Schüler, die nicht versetzungsgefährdet sind, in Absprache mit der Bürgerschaftskanzlei im Hamburger Lehrplan festzulegen.
7. die Schulbehörde anzuweisen, das Planspiel und dessen Anmeldeöglichkeiten in allen Hamburger Schulen und online auf den Seiten der Behörde bekanntzumachen und zu bewerben.
8. sich für die Finanzierung des Planspiels, insofern die Mittel der Schulbehörde und der Bürgerschaftskanzlei hierzu nicht ausreichen, um die Unterstützung durch weitere Träger aus der freien Wirtschaft zu bemühen.
9. die Schulbehörde anzuweisen, die Bestätigung der Schülereigenschaft der angemeldeten Bewerber in Absprache mit der Bürgerschaftskanzlei durchzuführen.
10. das Planspiel durch persönliche Präsenz an mindestens einer der durchgeführten Plenarsitzungen zu unterstützen.